

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

5 Goldpfennig

50 Milliarden

Donnerstag

12. Juni 1924

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 2908-2910

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Unser Parteitag.

Otto Wels erstattet den Bericht des Vorstandes.

Der Parteitag ist, als die Sitzung kurz nach 9 Uhr von dem Vorsitzenden Dittmann eröffnet wird, stark besetzt. Auf den Zuhörerbänken zeigt sich ein zahlreiches Publikum. Den Auftakt bildet heute die Frage, ob zum Bericht der Reichstagsfraktion ein Korreferent für die Minderheit der Fraktion gestellt werden soll. Fleißner begründet einen von 80 Delegierten unterstützten Antrag auf ein Korreferat. Ihm erwidert Schreck-Bielefeld, der daran erinnert, daß in der Fraktion niemals eine eigentlich geschlossene Minderheit vorhanden gewesen sei. Gerade der Referent Hermann Müller habe übrigens wiederholt mit der Minderheit der Fraktion gestimmt. Schließlich wird der Korreferent mit 228 gegen 111 Stimmen abgelehnt.

Eine weitere kurze Geschäftsordnungsdebatte entwickelt sich bei dem durch den Genossen Liebmann vorgetragene Verlangen, die neungliedrige Kommission, die der Parteiaussschuß am Mittwoch zur Klärung des sächsischen Streitfalles eingesetzt hat, durch zwei sächsische Genossen zu ergänzen. Der Vorsitzende Dittmann erwidert, der Parteiaussschuß sei von der Auffassung ausgegangen, in diese Kommission nur an dem Streit unbeteiligte Genossen außerhalb Sachsens zu entsenden. Selbstverständlich werde jedoch die Kommission beide sächsischen Richtungen genügend hören. Der Parteitag beschließt im Sinne des Parteiaussschusses.

Als Wels das Wort zum Vorstandsbericht nimmt, entwickelt sich ein Sturm von redelustigen Genossen auf die Schriftführer, der die Erfahrungen früherer Parteitage weit übertrifft. Im Augenblick haben sich mehrere Dutzend Genossen und Genossinnen zum Wort gemeldet. Der Andrang wird so störend, daß Wels nach einigen Einleitungsworten unterbricht und um Ruhe auf dem Podium bittet. Der Vorsitzende Dittmann erklärt, daß diese frühzeitigen Wortmeldungen zwar der Lebhaftigkeit früherer Parteitage entsprächen, da diesmal aber die Diskussion über mehrere Vorträge verbunden werde, sei es doch richtig, Wortmeldungen erst zu Beginn der Nachmittags-sitzung entgegenzunehmen. Der kurze Zwischenfall zeigt jedenfalls, daß mit sehr lebhaften Erörterungen zu rechnen sein wird.

Wels selbst hat einen ausgezeichneten Tag. Sein sorgfältig durchgearbeiteter Vortrag wird für die Partei von dauerndem Werte bleiben. Glaubt Wels auch nicht an große grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in der Partei, so geht er doch den Fragen, die bis in die jüngste Vergangenheit im geistigen Leben der Partei oft heftige Gegensätze hervorgerufen haben, nicht aus dem Wege. Im Gegenteil arbeitet er gerade die Stellung der Partei zur Demokratie, zur nationalen Einheit und Freiheit mit begründeter Entschiedenheit heraus. Wels bekämpft nicht nur die Demokratie als einer der größten Errungenschaften der Arbeiterklasse, sondern ruft auch dem Parteitag zu, solange Deutschland nicht aus dem nationalen Elend herausgeführt werde, würden wir selber das Ohr des Volkes für unsere sozialistischen Ideale nicht in vollem Maße haben. Die Parteien der Rechten, die sich gegen den Mißbrauch des berechtigten Nationalgefühls durch unsere Nationalisten wenden, aber auch seine scharfe Grenzlinie gegen die der Reaktion dienende politische Verheerung der Massen durch die Kommunisten waren besonders wertvolle politische Gedanken. Ein gutes Wort prägte Wels zur Abwehr der schauspielerischen Volkswerehrung Mostaus für den toten Marx. Wäre heute der Gründer des wissenschaftlichen Sozialismus noch am Leben, so sähe er in Rußland sicher im Gefängnis. Das Verhältnis der Kommunisten zu Karl Marx sei so, wie die Liebe vieler heutiger Christen zu dem toten Christus, während der lebendige Christus auch heute noch einmal ans Kreuz geschlagen würde. Im Sinne der Ausführungen des Genossen Wels gegen die internationale Arbeiterhilfe als einer kommunistischen Kampforganisation läuft noch während des Vortrags ein Antrag Sollmann ein, der von vielen Genossen und Genossinnen unterstützt ist, die Beteiligung an der internationalen Arbeiterhilfe für unvereinbar zu erklären mit der Mitgliedschaft in der Partei.

An einer Stelle der Welschen Rede blühte auch der innere Parteistreit auf, der in den Herbstmonaten des vergangenen Jahres zeitweise die Partei in „Vorstandspolitik“ und „Oppositionspolitik“ zu zerreißen schien. Die Ruhe, mit der der Parteitag diese Stelle der Welschen Rede aufnimmt, läßt keinen Zweifel darüber zu, daß die Gegensätze nicht nur sachlich, sondern auch in der Form ihres Austrags sich stark gemildert haben.

Der Parteitag folgte der Rede des Genossen Wels mit musterwürdiger Aufmerksamkeit und am Schlusse regten sich die Hände der großen Mehrheit zu stürmischen Beifallstundgebungen.

Vor. Dittmann eröffnet die erste Sitzung des Parteitages um 9.50 Uhr und verliest ein Begrüßungstelegramm der Sozialdemokratischen Partei Lettlands, sowie ein Schreiben der französischen Partei, die bedauert, angesichts der politischen Ereignisse in Frankreich der Einladung zum Parteitag nicht Folge leisten zu können.

Zum Punkt 3 der Tagesordnung, Referat des Gen. Hermann Müller über den Bericht der Reichstagsfraktion begründet daraufhin Fleißner-Dresden einen Antrag auf ein Korreferat für die Fraktionsminderheit.

Es ist kein Geheimnis, so führt Fleißner aus, daß eine Fraktionsmehrheit und -minderheit besteht, was sogar bei Abstimmungen zutage getreten sei. Die Tatsache, daß die Politik der Partei in starkem Maße beeinflusst und gemacht wird von der Reichstagsfraktion, daß aber andererseits die Partei und die Genossen im Reiche die Verantwortung für diese Politik zu tragen haben, ist wohl geeignet, daß wir uns auf dem Parteitag eingehend über diese Dinge unterhalten. Zwar setzen wir voraus, daß der Referent auf diese Dinge eingeht, aber bei der größten Sachlichkeit des Referenten scheint mir das bei der Wichtigkeit und Schwierigkeit der Materie völlig unmöglich. Es ist ein alter Brauch in der Partei: Genossen, in wichtigen Angelegenheiten, wo starke Meinungsverschiedenheiten geherrscht haben, auf dem Parteitag beiden Richtungen das Wort zu geben. Wir haben wiederholt in solchen Tagen Referat und Korreferat gehabt. Um die Wichtigkeit der zur Debatte stehenden Fragen zu unterstreichen, erinnere ich nur an die Ruhraktion, an die Bildung der großen Koalition, an die Frage der Ermächtigungsgesetze. Schon diese drei Fragen würden unser Verlangen nach einem Korreferat rechtfertigen. Ich darf dabei darauf hinweisen, daß der Ausfall der Reichstagswahl von vielen Fragen beeinflusst worden worden ist, und ganz zweifellos zum Gunsten unserer Partei. Bei dieser Sachlage müssen wir uns über diese Fragen eingehend auseinandersetzen. Das Korreferat soll nicht nur zur Erleichterung, sondern auch zur Abklärung der Debatte beitragen. Ich bitte den Parteitag, den Antrag anzunehmen. (Braus)

Schreck-Bielefeld: Nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus tatsächlichen Gründen sind wir gegen ein Korreferat. Was verstehen die Antragsteller unter Fraktionsminderheit? Es ist doch bekannt, daß Minderheit und Mehrheit manchmal stündlich in der Fraktion wechseln, wenn unter dem Druck der wirtschaftlichen und politischen Hochspannung unserer Zeit der Politiker nicht nach einem Schema von anno domini handeln kann, sondern nach den Interessen des demokratischen Sozialismus handeln muß. In der Frage des Ermächtigungsgesetzes kommt noch die bekannte Tatsache hinzu, daß die beiden Fraktionsvorsitzenden Müller und Dittmann gegen die Haltung der Mehrheit der Fraktion waren und daß sie also die Fraktionsminderheit auf beste zu repräsentieren in der Lage sind. Auch in der Frage der großen Koalition sind Minderheit und Mehrheit der Reichstagsfraktion durcheinandergerauscht. Niemand in der Fraktion war gegen Hermann Müller als Referenten in der Frage der Koalition; denn es handelt sich in der Hauptsache doch darum, kurz zusammenzufassen, was war, und Richtlinien zu ziehen, was kommen muß. Früher handelte es sich in solchen Fällen um Dinge, ich erinnere an die Agrarfrage, wo Mehrheit und Minderheit in einem geschlossenen Verhältnis zu den Fragen standen. Es gibt selber immer noch Genossen, die glauben, daß nur sie Auffklärungsarbeit leisten können. Aus dieser Einstellung heraus kommt der Antrag auf ein Korreferat. Dabei ist über das Ermächtigungsgesetz und die große Koalition viel zu viel geredet worden, eine Orientierung ist da nicht mehr möglich. Aber auch die Debatte wird nicht abgekürzt durch ein Korreferat, weil dadurch nur sachliche Richthaltungen notwendig werden. Wir haben aber in diesem Augenblick alle Veranlassung, gegenüber dem Ansturm von rechts und links

eine kompakte geschlossene Front herzustellen. Daher dürfen wir uns nicht in Einzelheiten verlieren. Wir brauchen vielmehr eine scharfe Rundgebung nach außen, um den Interessen des demokratischen Sozialismus zu dienen. Aus diesem Grunde bitten wir um Ablehnung des Antrags.

Auf Vorschlag des Vor. Dittmann wird auf eine weitere Debatte verzichtet. Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Einsetzung eines Korreferenten zum Bericht der Reichstagsfraktion mit 228 gegen 111 Stimmen abgelehnt.

Vor. Dittmann: Parteiaussschuß, Kontrollkommission und Parteivorstand, die am Mittwoch getagt haben, unterbreiten dem Parteitag den Vorschlag, die Referate des Gen. Wels zum Parteivorstandsbericht, des Gen. Ludwig über die Organisation und des Gen. Müller über die Reichstagsfraktion hintereinander erstatten zu lassen, um dieselbe Diskussion beim ersten und zweiten Punkt der Tagesordnung zu vermeiden.

Der Parteitag schließt sich dieser Auffassung an.

Der Konflikt in Sachsen.

In der Sitzung der drei Körperschaften ist auch die Frage der Parteidifferenzen in Sachsen besprochen worden. Einheitsmäßig war man der Auffassung, daß es zweckmäßig wäre, eine Kommission einzusetzen, vor der alle Einzelheiten der sächsischen Differenzen sachlich erörtert werden und daß dann diese Kommission mit einem Vorschlag an das Plenum des Parteitages herantrete. Pflicht der Kommission soll es sein, zunächst den Versuch einer Verständigung unter den sächsischen Genossen zu machen; erst wenn dieser fehlschlägt, soll die Kommission von sich aus mit einem entscheidenden Antrag an den Parteitag herantreten. Da alle Genossen, die in Sachsen im Vordergrund stehen, in dieser Angelegenheit Partei sind, soll von der deutschen Gesamtpartei die Entscheidung gefällt werden. Die sächsischen Genossen sollen von beiden Seiten in ausgiebiger Weise gehört werden, aber in die Kommission selbst nicht delegiert werden. Parteiaussschuß, Kontrollkommission und Parteivorstand schlagen für diese sächsische Kommission folgende neun Genossen vor: Lemenhow-Aitona, Blum-Burg, Hoffmann-Eberfeld, Hellmann-Brandenburg, Buchw. Götlich, Rottmann-Schwerin, Dietrich-Weimar, Oster-Stuttgart, Simon-Kugsburg.

Liebmann-Leipzig: Die sächsische Delegation ist zu der Auffassung gekommen, daß wir die schwersten Bedenken gegen die Zusammensetzung der Kommission äußern müssen.

wenn die sächsischen Genossen bei dieser Entscheidung über Sachsen ausscheiden sollen. Ich möchte dringend bitten, daß einige Parteigenossen aus Sachsen in die Kommission genommen werden, damit nicht der Eindruck erweckt wird, als ob die sächsischen Genossen von vornherein an die Wand gedrückt worden wären. Dadurch würde die Bedeutung der Kommission von vornherein untergraben; es wäre nur Lug, wenn einige sächsische Genossen in der Kommission sitzen. Die Arbeit der Kommission wird nur erleichtert, wenn Genossen aus Sachsen vertreten sind, die die Dinge aus eigener Anschauung kennen. Wir haben nicht einen Bezirk mehr in Sachsen, der hinter der Mehrheit der Fraktion steht. Ich bitte dringend, den Antrag, zwei Genossen aus Sachsen in die Kommission zu wählen, anzunehmen.

Vor. Dittmann: Die Argumente Liebmanns sind in der Sitzung des Parteiaussschusses alle zur Sprache gekommen, aber nach ausgiebiger Aussprache wurde der Beschluß gefaßt, daß die zwei sächsischen Stimmen in der Kommission sich so wieso ausbeuten würden.

Die große Mehrheit des Parteitages tritt bei der Abstimmung für die vom Parteiaussschuß vorgeschlagene Neuner-Kommission ein.

Zum Bericht des Parteivorstandes

erhält das Wort

Otto Wels: Der Parteitag, zu dem wir uns versammelt haben, ist der erste nach der Vereinigung von Nürnberg, der erste der Vereinigten Sozialdemokratie. Darin liegt seine besondere Bedeutung. Gewiß werden verschiedene Strömungen auf ihm zutage treten. Das ist schon früher der Fall gewesen; aber ebenso wie früher wird auch dieser Parteitag als Versammlung einer Partei erscheinen. Die eine ist und entschlossen, einig zu sein. Die Zeit, in der es zwei Parteien gab, liegt wie ein böser Traum hinter uns und niemand hat den Wunsch, den Streit in zwei Parteien wieder herbeizuführen.

Das Wesen einer Partei besteht nicht darin, daß alle einer Meinung sind — das ist unmöglich —, sondern daß jeder nach rechts oder links seine Stellung frei wählen kann, ohne an eine Schranke gebunden zu sein. Die Einigung der Partei in Nürnberg hat die Bewegungsfreiheit der einzelnen Mitglieder stark vermehrt. Von dem Recht der geistigen freien Entwicklung ist in der Partei weitest Gebrauch gemacht worden. Ueber allem aber spannt sich heute der verbindende Bogen der gemeinsamen grundlegenden Auffassung. Ich glaube nicht, daß es auf diesem Parteitag Debatten von höherer prinzipieller Bedeutung geben wird. In dieser Beziehung sind wir heute einig, als es die geeinte Partei vor der Spaltung jemals war. Wir sind einig in dem Festhalten an unserem großen sozialistischen Endziel, einig aber auch in der Erkenntnis, daß uns kein Wunder den Endhug in den Schoß legen wird, sondern nur die methodische Schulung der Kräfte des arbeitenden Volks uns dem Endziele schrittweise näherbringen kann. Wir unterschätzen nicht die Kräfte der Gegner. Wir wissen, daß es der Kapitalmacht um die Herrschaft im Staate geht, wir wissen, was sie leistet, um die Presse für sich zu gewinnen.

Dieser Kapitalmacht die organisierte Kraft des Proletariats entgegenzustellen, ist unsere Aufgabe.

Wir sind uns einig auch darin, daß der Klassenkampf gegen das Kapital seinen besten Boden findet in der Demokratie. Es gibt kein schlimmeres Wort zur Verfestigung der Proletariatsgehirne als jenes, das die Demokratie als die bloße Kränze der Kapitalherrschaft bezeichnet hat. (Sehr richtig!) Haben sich etwa die Kapitalisten je für die Demokratie eingesetzt? In England waren es die Chartisten, in Paris die Arbeiter, in Deutschland Baskalle, die zuerst für Demokratie gekämpft haben, und in all diesen Kämpfen stand die Bourgeoisie auf der anderen Seite der Barrikaden. Vor diesem Hause haben einst die Arbeiter Veräns für das gleiche Wahlrecht, für die Demokratie demonstriert. In diesem Saal hat jahrelang das Dreiklassenparlament gelacht, hier sind die großen Kämpfe um das gleiche Wahlrecht in Preußen geführt worden allein von den Vertretern der Arbeiter. Verdammt isoliert waren die wenigen Sozialdemokraten in diesem Hause, höchster Widerstand wurde ihnen von den Junkern geleistet. Erst bei dem großen Zusammenbruch kam das allgemeine Wahlrecht, als die Forderung der deutschen Arbeiterklasse, der deutschen Sozialdemokratie.

Das persönliche Regime und das Dreiklassenwahlrecht in Preußen waren die Wälle, die sich dem Vormarsch der Arbeiter entgegenstellten. Und jetzt wo diese Wälle gefallen sind, soll das alles nichts gewesen sein?

Gewiß hat nie ein Sozialdemokrat geglaubt, daß mit der Erringung der demokratischen Staatsverfassung schon alles gewonnen sei. Aber es war doch gewiß nicht Nichts, wie immer wieder den Arbeitern zugerufen wird, um ihnen die Freude an dem Erreungen zu rauben. (Sehr wahr!) Das gleiche Wahlrecht gibt uns jetzt die Möglichkeit, in jedem deutschen Parlament die Mehrheit zu gewinnen. So müssen die deutschen Arbeiter vernünftigerweise an der Demokratie festhalten, um durch sie zur Mehrheit zu kommen und dann im Besitze dieser Mehrheit ihren Gegnern zuzurufen zu können: Der Staat ist mir, die Arbeiterklasse! Ueberall, wo der demokratische Gedanke in Europa Einbuße erlitten hat, hat er sie erstitten durch die Gegner der Arbeiterklasse, wie in Italien durch Mussolini. In Frankreich hat Millerand schon am Anfang seiner Präsidentschaft die Diktatur angekündigt, an der er bis zu dem Augenblicke festhielt, in dem ihn der Sturm hinwegfegte. Wo wir sind einig im Kampf für den demokratischen Staat, dessen Gründung in diesem Saale stattfand, als der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte 1918 mit überwältigender Mehrheit die Ausschreibung von Wahlen zur Nationalversammlung beschloß. Seit dieser Zeit treten wir ein

für Demokratie, für die Republik und für die Reichseinheit, für die politische, territoriale, finanzielle Reichseinheit, ohne die es

Im Deutschland keine Demokratie und erst recht keine Sozialdemokratie geben kann. Wir, die wir immer für unterdrückte Völker eingetreten sind, haben das Recht und die Pflicht, für die nationale Freiheit unseres Volkes einzutreten. Leider gibt es noch Parteigenossen, die in dem Kampf für die Reichseinheit nichts sehen als nationalistische Sentimentalität, die geeignet ist, die politischen Ziele der Partei zu verschleiern, genau so, wie uns unsere Gegner auf der anderen Seite unterstellen, daß wir zum Stimmenfang das nationale Wäntelchen umhängen, um unser internationales Gesicht zu verbergen. Diesen Gegnern brauchen wir nicht mit Worten zu begegnen, wir haben für die Reichseinheit unangenehm mit der Zeit gearbeitet. Die Haltung der sozialdemokratischen Mitglieder an der Saar, am Rhein, an der Ruhr hat bewiesen, daß uns der Wille zur Erhaltung von Staats- und Reichseinheit kein Lippenbekenntnis, sondern Herzens- und Ueberzeugungssache war, die wir oft nur unter den schwersten Opfern aufrecht erhalten haben. (Sehr richtig!)

Aber manchen Parteigenossen scheint der Sinn zu fehlen für den Wert der Reichseinheit und für die Gefahren, in der sie manchmal war. All zu oft haben wir von landespolitischer Parteipolitik getrieben. Das dient allein den Separatisten. Ein Zerfall Deutschlands würde auch die schlimmsten Folgen für die Partei haben. In der Entwicklung in Sachsen und Thüringen und Mecklenburg, in den okkupierten Gebieten haben wir die Folgen einer solchen Zerstückelung erlebt. Ich erinnere daran, wie im besetzten Gebiet die Arbeiter dem morgenluftmühen Unternehmertum ausgeliefert sind, denen die französischen Bajonetts zu Hilfe kommen, wie in Bayern die Riederrückbildung der Partei dank einer hochherrlichen Diktatur von oben her funktioniert wird.

Soviet Abspaltungen, soviet Mißerfolge der Arbeiterpartei.
All das gibt uns einen Vorgeschmack dessen, was uns passieren würde, wenn die Reichseinheit zum Teufel ginge.

Dabei ist heute noch die Sozialdemokratie die weitestläufigste Frontlinie im Reichstag, und die Reichsregierung steht doch noch auf einer höheren Ebene als die deutschnationalen Despoten, die sich in den einzelnen Ländern an die Oberfläche gehoben haben. Nehmen Sie das alles weg, beseitigen Sie die Demokratie, so gefährdet Sie unsere sozialistische Zukunft. Solange die Frage der Reichseinheit, eines unabhängigen Nationalstaats Deutschland nicht gelöst ist, so lange wird unser Kampf um Demokratie und Sozialismus, um Republik und Pazifismus immer in zweier Linie stehen, so lange werden wir das Volk nicht in dem Maße für unser Evangelium gewinnen, wie wir das wünschen. Das ist die Wahrheit, ob sie uns angenehm ist oder nicht. Sie muß gesagt werden, ob unsere Gegner daraus eine Schwächung unserer Position ableiten oder nicht. Darüber müssen wir uns klar werden, wenn wir im Kampfe die erfolgversprechende Einheit einnehmen wollen. Jetzt haben sich Parteien und Liken dieses Nationalgefühl bemächtigt, haben diese Sehnsucht nach dem unabhängigen Nationalstaat mißbraucht, haben das berechtigte Nationalgefühl zum bestimmungslosen Nationalismus umgefärbt und aufgepeitscht. (Sehr wahr!) Das darf uns aber nicht hinwegtäuschen über die Stimmung, die schon bestand, ehe noch deutschnationale und Nationalsozialisten in diesen Boden ihre giftige Draufgänger gesenkt haben.

Das Volk will heraus aus dem nationalen Jammer, das Volk hat es satt, überfall, Gegenstand von Bedrohungen zu sein, es kann die lästigen Drosseln und Beschimpfungen durch außerdeutsche Chauvinisten nicht mehr ertragen.

Das Volk will nur eins: die Ruhe und Sicherheit, wie sie klare Grenzen, wie sie scharf umrissene Pflichten und wie sie unangefochene Rechte geben können. Die Gefahr, daß weiße Kreuze des Volkes dem Charlatan des Chauvinismus verfallen würden, hat Scheidemann auf dem Würzburger Parteitag schon gekennzeichnet, als er sagte, daß wenn wir nach dem Kriege zur Macht kämen, es uns passieren könnte, daß das mißhandelte Volk zu anderen Wunderdoktoren läuft, um bei ihnen Heilung zu finden. Um so mehr müssen wir unseren gereinigten Bolle helfen, um sein und unser Haus wiederherzustellen. Wir standen mit an der Wiege der deutschen Republik, deren Geburtsstunde im Zeichen des bösen Sterns, des Waffenstillstandes stand, und wie haben heute die Pflicht, für diese junge, unglückliche Republik zu kämpfen, für ihre Einheit und Wirkungsmöglichkeit. Wir müssen die Paladine der Reichseinheit sein und bleiben. Eine zerstückelte und geschlagene Republik steht, wenn überhaupt, dann nur als Monarchie wieder auf. Das lehrt die Geschichte. (Sehr wahr!) Das wissen unsere Vorkämpfer auch sehr genau, und deshalb ihr frivoler Kampf gegen die Republik. Also: wer die Reichseinheit gefährdet, der hilft der Reaktion und der Monarchie. (Sehr wahr!) Nur in der Reichseinheit kann die große sozialistische Armee und

Partei formiert werden. Die Scharen Kleinbürgerlicher, ja auch der politisch nicht geschulten Arbeiterschaft, die jetzt zwischen Sowjetrußland und Hafenkreuz

hin- und herpendeln, sind gern in die Arme des Herrn u. Graefe gesunken, sind den deutschnationalen zugefallen, von den angeblichen Hauptfeinden der Reaktion, von den Kommunisten. Ohne Reaktion kein Polcarismus, ohne Kommunisten keine Reaktion. Das sind die Glieder der Kette, die Deutschland zu erdroffeln droht. Was von den Nationalisten gilt, gilt noch in höherem Maße von den Kommunisten: ihre ganze politische Weisheit besteht im Propagieren, obwohl zum mindesten die Führer sich ihrer jämmerlichen Schwäche durchaus bewußt sind. Und bei den Kommunisten ist dieses Propagieren erst recht eine Lobsünde an den heiligsten Menschheitsrechten, denn in ihrem Kadavergehörig gegen Moskau puffen sie mit lebendigen Leibern propagierter Arbeiter, an ihren Händen klebt das Blut von Tausenden. Das Ruhr-Bayern, das Großherzogtum Graefe in Mecklenburg sind die Erfolge dieser kommunistischen Internationale. (Sehr wahr!)

Theoretisch führt sie heute den Kampf im Namen des Marxismus. Sie allein glaubt ihn richtig interpretieren zu können. Einer ihrer deutschen Akademiker, Professor Korsch, führt jetzt den Nachweis, daß die Verfassung des Marxismus bereits begonnen habe, als Marx das „Kapital“ verfasste und als die Erste Internationale in den sechziger Jahren gegründet wurde. Er stellt deren Manifest dem kommunistischen Manifest gegenüber und sagt, schon damals fehlte es an der revolutionären Leidenschaft, die heute von den Kommunisten, damals von den Bolschewiken vertreten wurde und der gegenüber der Generalrat der Ersten Internationale sagte, er setze die erste und stille Arbeit an die Stelle der lauten Wortschreierei der Wortrevolutionäre. (Sehr gut!)

Niemand war sich klarer darüber als Marx, daß der Marxismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein anderes Gesicht zeigen müsse als zurzeit des kommunistischen Manifests, auf Grund der Reifentwicklung der ökonomischen Verhältnisse.

Den Unsinn, das kommunistische Manifest als heilige Schrift hinzustellen, hat niemand schlagender widerlegt als unser österreichischer Genosse Otto Bauer, indem er einfach die Frage aufwarf, ob jemand glaube, aus einem Lehrbuch der Physik von 1848 heute im Jahre 1924 einem Menschen den Stand der heutigen physikalischen Entwicklung mit Telegraphie und Radio Normagen zu können. Die Dekonomie hat sich in dieser Zeit ebenso entwickelt wie die Physik, aber noch sollen die Lehrbücher aus dem Jahre 1848 die allein wahre ungetriebene Quelle der Erkenntnis der Dekonomie sein! Marx ist nicht nach Moskau, sondern nach London gegangen, um die kapitalistische Wirtschaft zu studieren. Der Gedanke, daß das ökonomisch zurückgebliebene Rußland nun plötzlich ein Vorbild sein soll für alle Länder, ist ein Hohn auf Marx selbst. Genau so wie viele Christen den lebenden Christus heute noch einmal ans Kreuz schlagen würden, setzen sich die russischen Machthaber heute nur noch nach der Art und nach der Weise von Karl Marx, um mit ihr einen abergläubischen Hokusfokus zu treiben. Der lebende Marx würde in Sowjetrußland genau so im Gefängnis sein wie es jetzt die besten Sozialdemokraten dort sind. (Sehr wahr!)

Der Kommunismus von heute ist durchaus reaktionär.

Bürgerliche Politiker, Staats- und Kommunalbeamte, aber leider auch Sozialdemokraten sind der Arbeiterhilfe auf den Bein gefahren. Dabei sind wir im Besitz eines stenographischen Protokolls des 2ler-Ausschusses, in dem Anweisungen für die internationale Arbeiterhilfe gegeben sind. Gegen die positivistische Einstellung der Arbeiterschaft soll nach diesem kommunistischen Exzerptreglement angekämpft werden, während die deutsche Arbeiterschaft und die Sozialdemokratie den Gedanken „Nie wieder Krieg“ propagiert. Am 2ler-Ausschuß sitzen Männer der internationalen Arbeiterhilfe, die wie Ludenottj es als blödsinnig erklären, diese Gedanken zu propagieren.

Aus dem Protokoll geht hervor, daß die „Arbeiterhilfe“ von der kommunistischen Internationale nur geschaffen ist, um kommunistische Politik zu betreiben, wo es anderwärts nicht möglich ist.

Die Anweisungen lauten ausdrücklich dahin, in die Gewerkschaftspressen und in die bürgerliche Presse einzudringen und Schritte zu tun, die die Komm. Partei selbst nicht tun kann. Tatsächlich ist es der „Arbeiterhilfe“ möglich geworden, fast in allen Ländern Propagandaanstalten zu gründen. Ihr Zweck ist die große Propagandaarbeit für Sowjetrußland. Für alle Genossen, die noch in der internationalen Arbeiterhilfe tätig sind, genügen die Anweisungen an die „Arbeiterhilfe“ zur Erkenntnis, daß diese Hilfsorganisation nur zum Aufbau der Komm. Partei bestimmt ist. Die „Arbeiterwohlfahrt“, unsere Parteiorganisation mit ihren

500 Ortsgruppen, ist der Platz, wo unsere Parteigenossen zu arbeiten haben. Die Komm. Partei aber ist uns feind, wenn auch Massen- genossen in ihr tätig sind. Gegen sie kann es nur einen geschlossenen Kampf geben, und entschieden und klar muß die Scheidungslinie hier auf dem Parteitag gezogen werden. Räumung mag das nicht leicht fallen, der in Nürnberg nur mit halbem Herzen die Einigung mitmachte und mehr zu den Kommunisten neigte. Die Einstellung zu den Kommunisten ist eine von den Fragen, die der Partei bei der Einigung die schwersten inneren Kämpfe bereitet hat. Das scheinbare Einlenken der Kommunisten nach dem mitteldeutschen Zustand läßt manche Genossen. So kam es zur Zusammenarbeit in Thüringen und Sachsen, wo man besonders vertrauensvoll war. Es waren nicht nur die Unabhängigen, die durch Halle noch mehr gelernt haben konnten als die SPD-Leute.

Jetzt hat die Komm. Partei für alle Parlamente vom Dorf- und Stadtparlament bis zum Landes- und Reichsparlament ein Exzerptreglement des parlamentarischen Axiomens herausgegeben, das alles enthält bis zum Hinauswurf.

Hierin zeigt sich, was es mit der Regierungstätigkeit der Kommunisten auf sich hatte, von der unsere Genossen in Sachen einstmals träumten. Der damalige Versuch führte Herrn Heinze nach Sachsen und machte das Eingreifen des Parteivorstandes nötig, dessen schriftliche und mündliche Einwände unbeachtet gelassen waren. Wir vom Parteivorstand traten für die Bildung einer Regierung mit den Demokraten ein, um Herrn Heinze so schnell als möglich aus Sachsen herauszubringen. Jede Stunde war damals eine Gefahr. Diese Arbeit war schwer, aber wir sind stolz darauf, sie geleistet zu haben. 24 Stunden haben genügt, um Heinze zu entfernen. Ich will auf Zeigners Politik nicht weiter eingehen, aber ich bin gezwungen, hier daran zu erinnern, daß Zeigner dem Parteivorstand unter leibhaftem Beifall einer Berliner Parteiversammlung der moralischen Korruption bezichtigte, den Beweis aber ablehnte, so daß sich der Parteivorstand noch jetzt im Verteidigungszustand befindet. Den Höhepunkt dessen, was gegen uns und unsere damalige Haltung geschrieben worden ist, stellt zweifellos ein Artikel des 3wickauer Parteiblattes dar, in dem gesagt wurde: 60 000 Mann Soldaten mußten aufmarschieren, um 3 Kommunisten zu entfernen; aber selbst diese waren zu schwach, so daß zwei Männer vom Parteivorstand, also Dittmann und ich, kommen mußten, um die Sache zu schaffen. Wohin die Entwicklung in Sachsen geführt hätte, wenn wir damals nicht eingegriffen hätten, das zeigt Thüringen, das jetzt Mecklenburg. (Sehr richtig!) Wir vom Parteivorstand müßten aus der Partei gestochen werden, trüge alles zu, was man uns an den Hals hängt. Ich bitte die Genossen von der Opposition dringend, sich nicht abhalten zu lassen, die Reinigung an Haupt und Gliedern vorzunehmen, die sie angeht. Wir waren gezwungen, in einer kleinen Schrift uns gegen das Treiben der Opposition zu wenden. Um welchen (struppigen) Kampf es sich handelt, zeigt, daß in München zwei Tage vor der Reichstagswahl in der Flugchriftenreihe der Opposition die Broschüre „Der Fall Tuer“ erscheinen konnte. Andererseits ist anzuerkennen, daß im großen und ganzen während des Wahltampfes die Parteipresse einheitlich eingestellt war. Erfreulich ist auch, daß die grundsätzliche Einheit der Parteien nicht haltmacht an den Grenzen des Reiches, sondern sich auf alle Glieder der Internationale erstreckt.

Daß die Internationale wieder dieselbe als geschlossene, aktionsfähige Macht, rechne ich zu den größten Taktfragen der Weltgeschichte.

Wir sind stolz darauf, daß die Einigung der sozialistischen Internationale die erste sichtbare Frucht der Einigung der deutschen Sozialdemokratie war. Wir deutschen Sozialdemokraten haben ihr den Weg bereitet dazu, daß sich diese Tatsache auf deutschem Boden in Hamburg vollzog. Mit unseren englischen, französischen, österreichischen, dänischen Genossen haben wir jubelt über ihren Siege. Uns alle eint der gemeinsame Wille, die gegenwärtige Schwäche der Arbeiterklasse als Folge des Krieges zu überwinden und eine Grundlage zu gewinnen, von der aus ein neuer Aufstieg möglich ist. Durch unsere Kraft und unter unserer Führung hat die Politik der friedlichen Verständigung im Deutschen Reichstag einen großen Sieg errufen. Lärmt man es, zu glauben, der Ausgang einer Wahlkämpfe könne genügen, über die deutsche Sozialdemokratie zur Lageordnung überzugehen. Unkraut kann schneller wachsen als der Baum. Aber der Baum wächst weiter, wenn das Unkraut längst verdorrt ist. Dem deutschen Volke zuliebe, nicht sich selbst zuliebe, muß die Partei ihren einheitlichen geschlossenen Weg weitergehen. Einige wollen wir markieren, einige wollen wir schlagen, unter der alten Probe: Alles für das Volk, alles durch das Volk! (Leb. Weis.)

Es folgt das Referat Ludwig über Organisation, Agitation und Rasse.

Grillparzers „Medea“ im Staatstheater.

Menschen des im Lichte schwebenden Orients sahen eine blin- nende Wolke, die sich ganz einsam am blaueschwarzen Himmel an- gesiedelt hatte. Diese Dunstinsel, die goldener Sonnenbrand über- stutete, regte die Phantasie der Griechen an. Wenn sie nicht nur am Firmament zu entdecken wäre, sondern auch auf der greifbaren Erde! Wie ein goldenes Vieh hing diese Wolke am Himmel. Würde sich dieses Vieh zur Erde senken, dann müßte es erobert und aufbewahrt werden von zauberhaft begabten Magiern, dann müßten diese Zau- berer mit Hilfe des Viehes über märchenhafte Kräfte verfügen. So fragte, so formte die antike Phantasie, und sie suchte und fand den höchst fabelhaften Mythos jener Medea, die eine barbarische Herrin des goldenen Viehes gewesen war, die Gattin eines schönen, aus kultivierter Fremde kommenden Königssohnes wurde und ihre Kinder umbrachte, weil Jason, der Gatte, ihrer barbarischen Wildheit und magischen Schredlichkeit nicht treu blieb. Der Mythos von Medea und Jason stellt die Wünschverwandlung der Sehnsucht dar, die Bewohner des antiken Abendlandes nach den Wundern des dunklen Märchen- morgenlandes fühlten. Jason ist der klassische Träger dieser Sehnsucht. Medea ist Urborn und Ervederin des Abenteuer- und Wühnger- cauchers, der seit altersher die Jünglinge und reifen Männer in die unbekannt Welt hinaustrieb, mochten sie nun Jason, Odysseus oder Christoph Columbus heißen. Das mythische Helenentum mochte nur annehmen, daß der See- und Schiffsfahrer Jason Todestragt ge- winnt, indem er die Segel lüftet. Weib im Land und verheiratet dich nicht mit schwarzhaarigen Barbarentöchtern, die den Untergang verhasster Brüder und Schwestern heraufbeschwören. Das war die hausbackene Bürgerlehre dieser heroischen Legende.

Was Grillparzer zu dem Medea-mythos hinzog, war eine zer- grübelte und gemarterte und nie befreite Junggesellenatur. Er gönnte seiner Phantasie jedes Abenteuer, indem er zugleich zwei lieb- liche Frauen mit seinen Träumen umwo. Aber er war kein Er- oberer, er war nur ein schmachtender, vor der Wirklichkeit ver- zimmelter Frauenlob. Alles, was er von der Herrlichkeit und Ge- fährlichkeit der Frau wußte, aus Erfahrung beruhte es kaum, aus der Ahnung entfrang es nur, es loderte nur aus dem lauhenden Ver- langen. Traumerlebnis und Enttäuschung entzündeten ein Kunst- werk, das die Krankhaftigkeit der tollen Weiber und unbefriedigten Männer entlarvte. Blutzugnis für das ungeheure Leid, in dem sich der Märtyrer und Trübsner Grillparzer wand, wird spürbar in der großartigen Gründlichkeit und Melodik seiner dramatischen Abrech- nungen. Bevor Medea ihre Kinder erschlägt, redet sie den hoffnungs- losen Monolog, dessen Inhalt ist, den Hamlet vor der Ermordung seiner Mutter spricht. Die Worte, mit denen Jason, der Gatte, als Träger der Kultur, und Medea, die Gattin, als Trägerin alles Urtriebes ihren Seelenkampf ausfechten, liefern die aufschlußreichsten Einblicke

in das Innere des genialen Dösterreichers, der zugleich Held und Opfer seiner wilden Phantasie, seiner nie getühten Neugier und seiner philantropischen Unerfahrenheit gewesen ist.

Karlheinz Martin, der Regisseur, hat nicht ohne Geschick- lichkeit, aber auch ohne Ehrfurcht vor dem Grillparzerschen Wort die fünfaktige Tragödie auf drei Akte zusammengespart. So wird das Widerspiel zwischen Medea und Jason deutlicher. Ein großer Dialog, ein riesiger Monolog, das sind die Mittelpunkte, um die alles kreist. Man mag es nicht, den Regisseur wegen dieser Arbeit zu schelten. Sonst wäre ihm vorzuerwerfen, daß er die Bühne allzu primitiv auf- baut. Der Gegensatz der düsteren Ereignisse zu der unendlich heiteren Landschaft Korinthos, das hätte blühendere Augenwicklichkeit sein müssen. Es ist in diesem Stücke immer peinlich, daß eine winzige Risse und ein metallener Kessel die ungeheuren Zauberkraften Medeas einschließen sollen. Warum stellt man die Zauberkraften und alles, was dazu gehört, nicht in das Märchenbühnen der Bühne? Karlheinz Martin, der Regisseur, hat noch keine neuen Mittel ent- deckt, um die Aufführung der Medea vom ehrwürdigen Hoftheaterstil zu befreien. Beinahe möchte man ihn deswegen loben. Denn gerade Gerda Müller, die Medea, Herr Ebert, der Jason, Herr Frank, der korinthische König, Frau Schön, die blonde Königs- tochter, und schließlich Rosa Bertens, die Amme Gora, hingen sanftlich an rhetorischen Uebertreibungen der Vergangenheit. Sie pflegten diesen Stil wohl, weil sie vom Regisseur dazu ermuntert wurden. Auch dieser Mann, der schon zu anderen Göttern schwor, bekehrt sich wieder zu dem Alten. Solche Rückkehr ist nicht gerade notwendig. Denn es gibt einen Unterschied zwischen der Uebertre- bung, die noch dem Verweilenden getreu ist, und der jungen Kunst, die sich von der spielerischen Uebertreibung fern hält.

Max Hochdorf.

Die Volksbühne als Asyl französischer Kunst.

Die Berliner Volksbühne hatte im Verwaltungsrat des Deutschen Bühnenvereins den Antrag gestellt, daß der völlig überflüssige und schädliche Boykott französischer Bühnenwerke aufgehoben würde. Wie aus dem eben erscheinenden zweiten Vierteljahrsheft der „Volks- bühne“, der Zeitschrift des Verbandes der deutschen Volksbühnen- vereine, ersichtlich ist, hat der Deutsche Bühnenverein den Antrag der Berliner Volksbühne abgelehnt. Die Leitung der Berliner Volksbühne hatte dann vor, den Antrag bei der Generalversammlung des Deutschen Bühnenvereins zu wiederholen. Da aber die erforder- liche Anzahl von Unterschriften nicht rechtzeitig vorgelegt wurde, konnte der Antrag auf der Dresdener Generalversammlung nicht zur Verhandlung kommen. Es bleibt also bei der Fernhaltung franzö- sischer Autoren von der deutschen Bühne. Der Vorstoß der Berliner Volksbühne hat aber doch eines erreicht: Im Verwaltungsrat des Bühnenvereins wurde von führenden Persönlichkeiten ohne Wider- spruch erklärt, daß der Bühnenverein nichts unternehmen würde, wenn ein deutsches Theater ein künstlerisch wertvolles und kulturell

wichtiges französisches Stück zur Aufführung brächte. Das ist keine befriedigende Lösung, zumal natürlich die Meinungen über den künstlerischen Wert eines Stückes auseinandergehen können. Aber es ist doch wenigstens gegenüber dem bisherigen Zustand ein gewisser Fortschritt festzustellen.

Besonders zu begrüßen ist aber, daß die Berliner Volksbühne ihrem Kampf gegen die Aufhebung des Boykotts auch sofort eine praktische Tat folgen läßt: Die schon vor mehreren Wochen angekündigte Matinee, die den Besuchern der Volksbühne eine Reihe von wichtigen jungfranzösischen Autoren vermitteln soll, wird nun am kommenden Sonntag, mittags 11 1/2 Uhr, im Theater am Bülowplatz, stattfinden. Neben einem einleitenden Vor- trag und der Rezitation mehrerer Gedichte und Prosastücke wird ein kleines Werk von Charles Bédarrac, einem der anerkanntesten jungen französischen Literaten, zur Aufführung gelangen.

Als vor wenigen Wochen diese Morgenfeier zuerst angekündigt wurde, erhob sich in der rechtsstehenden Presse ein Sturm der Ent- rüstung. Man suchte die Mitglieder der Volksbühne gegen die Lei- tung des Vereins aufzuklären, weil diese mit der Ansetzung der Matinee angeblich die „nationalen Belange“ verletze. Es scheint, daß diese Bemühungen bei den Mitgliedern der Volksbühne herzlich wenig Widerhall gefunden haben. Jedenfalls ist es zu loben, daß die Berliner Volksbühne sich durch das Gelärm in der Jugender- presse und in ähnlichen Organen nicht hat abfordern lassen. Wäg- lich, daß ein paar Uebernationalisten sich jetzt gemüßigt fühlen, in die Morgenfeier der Volksbühne zu kommen und dort zu demon- strieren. Es darf aber wohl angenommen werden, daß die Matinee überwiegend von Menschen besucht sein wird, die jede politische De- monstration bei einer derartigen rein künstlerischen Veranstaltung ab- lehnen.

Neue Bergbahnen. Trotdem das Projekt der Erbauung einer Bahn auf die Zugspitze, den höchsten Gipfel Deutschlands, viel- fach auf Widerpruch gestoßen ist, hat man mit der Errichtung dieser Bahn dieser Tage begonnen. Die Vorarbeiten sollen Ende Juli fertig sei. Die Bahn selbst soll im Spätherbst dieses Jahres eröffnet werden. Es handelt sich um eine 3 Kilometer lange Seilschwebe- bahn, die mittels elektrischer Kraft in 20 Minuten Fahrzeit die Höhe überwindet. Die Bahn führt auf österreichischer Seite auf den Gipfel. Eine Reihe weiterer Alpenbahnen soll noch in diesem Jahre gebaut werden. In Siggibühl ist man daran, eine Seilbahn zum Hahnenkamm zu bauen. Desgleichen soll der Untersberg bei Rechenhall eine Bahn bekommen. Dieser Berg soll zu gleicher Zeit von zwei Seiten, von Rechenhall und Berchtesgaden „er- schlossen“ werden. — Ebenso ist beabsichtigt, Bahnen auf den Staufen und auf den Zwiesel zu bauen.

Die Große Volkssper legt für die Monate Juni, Juli, August ein be- sonderes Sommerabonnement zu erheblich ermäßigtem Preise auf. Näheres in der Geschäftsbeilage Nr. 9 (Zel. Beilage 11581).

Königsdorfer Steuergesetz nach Dr. Richard Strauß hat die Uebernahme seiner neuen Werke „Unterwegs“, um das sie alle großen deutschen Opernhaus bemüht haben, der Dresdener Staatsoper als alleiniger Aufführungsbühne überlassen. Die Oper „Unterwegs“ ist eine bürgerliche Komödie, deren Text von Strauß selbst stammt.

Gewerkschaftsbewegung

Verschärfung des Brauereiarbeiterstreiks.

Vom Deutschen Verkehrs-Bund erfährt B.S., daß durch die Maßnahmen des Vereins der Berliner Brauereien es als selbstverständlich angesehen wird, daß mit einer Verschärfung des Kampfes der Arbeitnehmer gerechnet werden muß. Der Schlag der Arbeitgeber wird dadurch pariert werden, daß die Bierpeditionen, die bisher nicht in den Kampf gezogen worden sind, ihre Stellungnahme mit Rücksicht auf die Maßnahmen der Arbeitgeber ändern werden. Bisher sind die Bierpeditionen nicht in den Kampf getreten, um den durch den Brauereistreik schon geschädigten Restaurateuren nicht noch mehr Schaden zuzufügen. Diese Stellungnahme werden die Bierpeditionen jedoch ändern müssen, wenn nicht von dritter Seite aus andere Maßnahmen getroffen werden.

Zur Beamtenbesoldung.

Zuf der Weltwoche, dem sogenannten „Sprechsaal“ der „Boten“ vom 7. Juni tummelte ein „Höherer“ seinen Graulhimmel, um gegen die begehrlichen „Unteren“ und „Mittleren“ ob deren Unzufriedenheit mit der famosen Besoldungsordnung loszutreten. Nachdem er den Winderen den Standpunkt klar gemacht, daß es ja doch nur Menschen dritter und vierter Klasse, während der „Höhere“ nicht selten ein kostspieliges Sorgenkind seiner Eltern bis Anfang oder Mitte der Zwanziger war und es selbstverständlich — nur durch eisernen Fleiß im mühsamen Studium unter unerschütterlicher Ablegung schwerer Examina zu etwas gebracht hat, hat der Herr aus Gruppe II von seinem 14. Lebensjahr ab bereits Geld verdient. Diese Ungleichheit der beiden „Kollegen“ darf man nicht außer acht lassen.

Der sich mit Wolff unterzeichnende Menschenfreund wendet sich gegen eine vorhergehende kritische Betrachtung der Beamtengehälter und schreibt hierzu:

„Die Schlußbemerkung von der völligen Unzulänglichkeit der Gehälter in den unteren Gehaltsstufen weist in aller Entschiedenheit mit folgender Begründung zurück:

Es gibt allenthalben im Deutschen Reich viele Millionen einfacher sowie gebildeter, oft hochgebildeter Menschen aller Fakultäten vom höchsten Ausseger bis zum Dr. phil., die Deden hochspringen würden, wenn man ihnen nur Arbeitsgelegenheit von früh bis abends gegen 85 M. Monatsgehalt bieten würde — die Beweise liegen deutlich genug zutage. Das Millionenheer der Stellenlosen, die wegen Ueberfüllung der Berufe auf Jahr und Tag keine Aussicht auf Anstellung haben, Sozialrentner, Kleinrentner, die Alten, die jungen Arbeitsunfähigen und Krüppel, die Angehörigen der freien Berufe — sie alle leben ja auch und sind Gott sei Dank noch nicht verhungert.“

Es wäre verfehlt, die pharisäische, böhmisch-verächliche Auffassung dieses Botenamers mit der Auffassung aller höheren Beamten gleich zu stellen. Dießem Wolff aber wünschen wir nur, daß er auch nur einen einzigen Monat hindurch — etwa während seines Sommerurlaubs — mit 85 Mark Monatsgehalt leben müßte. Er wäre dabei bezüglich seiner Kleidung und Wäsche ja immerhin noch im Vorteil, müßte nicht von früh bis abends arbeiten, brauchte nichts zu tun, würde aber trotzdem das schwierige Examina darüber nicht bestehen: „Wie kann man mit 85 Mark Monatsgehalt auskommen“, ohne irgendwelche Nebenbezüge? Der Wolff würde dann aber kaum mehr so unerschämmt sein von ändern zu fordern, sie sollen sich damit abfinden.

Der Zigarrenfabrikant.

Aus den Reihen der Tabakarbeiter geht uns eine Klage zu über den Zigarrenfabrikanten Gottlieb Hecht in Neukölln, Steinmühlstraße 40. Der Mann vertrete wohl mündlich den Standpunkt: „Jeder Arbeiter muß spott verdienen, daß er seine Familie ernähren kann“, in der Praxis aber sei dies bei seinen Methoden nicht möglich. Den Heimarbeitern würde zwar selbst für die Sonn- und Feiertage Arbeit mit nach Hause gegeben, bei der sie in der Stunde 27 bis 30 Pfennige im Akkord verdienten. Bekomme der Arbeiter als Deckblatt nur Deckfall, müsse er eine Zigarette aus drei Stücken herstellen. Die Fabrikarbeiter hätten zwar den Vorteil, daß sie nicht so lange schuften müssen wie die Heimarbeiter, doch ihr Verdienst sei ebenso niedrig wie der der Heimarbeiter. Unter Erwähnung eines Ausspruches des Herrn Hecht, er habe sich als Zimmergeselle von seinem Arbeitgeber nicht gebrauchen lassen und lasse sich jetzt auch nicht von seinen Arbeitern gebrauchen, wird den Tabakarbeiterinnen und Tabakarbeitern empfohlen, sich auch nicht als Ausbeutungsobjekt von diesem Unternehmer gebrauchen zu lassen, sondern ihm die Arbeitskraft nur zu angemessenen Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Verfügung zu stellen, die eine menschenwürdige Fristung der eigenen und der Familieneristenz ermöglichen.

Zur Sonntagsruhe im Friseurgewerbe.

Der Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes teilt uns mit, daß der in Nr. 266 des „Vorwärts“ erschienene Artikel über die Sonntagsruhefrage im Friseurgewerbe eine Unrichtigkeit aufweist, insofern, als der Bund der Haarformier nicht zu den Gegnern der Sonntagsruhe zählt. Die Eingaben, die in dem amtlichen Bescheid gegen die Sonntagsruhe erwähnt werden, rühren — wie darin auch richtig angegeben — von Mitgliedern des großen Innungsbundes her, der jedoch in seiner überwiegenden Mehrheit ebenfalls für die Sonntagsruhe eintritt.

Wichtig steht fest, daß sowohl die Verbände der Selbständigen wie die Organisation der Arbeitnehmer des Friseurgewerbes die vollständige Durchführung der Sonntagsruhe fordern, so daß der Himmel auf einzelne Opponenten um so mehr verfehlt ist.

Eine öffentliche Versammlung der Selbständigen und der Gehilfen am Donnerstag, den 19. Juni in den Sophienhöfen wird zu dem Bescheid des Reichsarbeitsministeriums Stellung nehmen.

Die Betriebsräte im Ruhrbergbau bleiben in Funktion

Bochum, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch tagte in Hamm i. W. unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Joder ein Schlichtungsausschuss, der dem bekannten Streit um die Betriebsräte ein Ende machen sollte. Der Schlichtungsausschuss hat entschieden, daß das Arbeitsverhältnis der Betriebsratsmitglieder durch die ausgefallenen Schichten im Mai nicht als erloschen gilt. Die Beerdigung wird den Parteien zugestimmt. Daraus ergibt sich, daß die Betriebsräte, die bisher von den Bergwerksverwaltungen nicht anerkannt wurden, ihre Betriebsratsstätigkeit wieder aufnehmen.

Der Kampf gegen die neue Besoldungsregelung.

Dortmund, 11. Juni. (Z.) Eine von den Beamtenverbänden einberufene Protestversammlung nahm eine Entschliessung an, in der es u. a. heißt: Die Versammlung erhebt kommenden Protest gegen die durch die Verordnung vom 1. Juni vorgenommene neue Festschließung der Beamtengehälter. Die Erhöhung von 17 Prozent unten und 71 Prozent oben muß in den Kreisen der unteren und mittleren Beamten geradezu aufreißend wirken. Für die Beamten des besetzten Gebietes ist die mit der Neu Festsetzung der Gehälter gleichzeitig vorgenommene Herabsetzung der örtlichen Sonderzuschläge um mehr als 30 Prozent besonders verhängnisvoll, da dadurch die

Grundbesoldung für die Beamten der Gehaltsgruppen II und III auf 9 bzw. 10,20 M. herabsetzt. Die Versammlung erwartet vom Reichstag, daß er an Stelle dieser Regelung eine neue setzt, die von sozialem Geiste getragen ist und allen Beamten die Möglichkeit einer menschenwürdigen Lebensführung wiedergibt.

Der ungarische Bergarbeiterstreik beendet.

Budapest, 11. Juni. (Z.) Auf Intervention des Handelsministers wurden die Lohnunterschiede zwischen den Kohlengrubenbesitzern und den Bergarbeitern ausgeglichen, so daß der seit dem 8. Mai dauernde allgemeine Ausstand der Bergarbeiter heute sein Ende erreicht hat.

Achtung, heimliche Arbeiter! Die Arbeiterschaft des „Wollram-Laboratoriums“, Steglitzer Str. 11, hat die Arbeit wegen Lohnunterschieden niedergelegt. Es wird dringend gebeten, jeden Zutritt fernzuhalten.

Verband der Fabrikarbeiter, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Die Wirtschaftskrise in Pommern-Oberschlesien erfährt eine bedeutende Verschärfung. Von der Friedenshütte wurde am Dienstag 2500 Arbeitern gekündigt, von denen 800 aus Deutsch-Oberschlesien stammen. Die Bauhütte legt das Blechwalzwerk still. Nach ostoberschlesischen Blättern hat sich auch in der Königs- und Beuraubhütte die Lage verschlechtert. Von den 1100 bei der Lauraubhütte noch beschäftigten Arbeitern sollen noch 4-500 entlassen werden. Weiter will die Königs- und Beuraubhütte 2000 Arbeiter vom Unterteil entlassen. Man erwartet, daß nächster Tage der Handelsminister Niedron in Ostoberschlesien eintrifft, um sich an Ort und Stelle ein Bild von der Lage zu machen.

Die streikenden Untergrundbahnen in London erhielten ein Ultimatum von den Direktoren der Gesellschaft, bis morgen die Arbeit wieder aufzunehmen, da sonst die gerichtliche Verfolgung gegen sie eingeleitet werde, weil diese entgegen ihren Arbeitsverträgen die Arbeit eingestellt hätten, ohne den Gesellschaften vorher Anzeige zu erstatten. Der Präsident des Syndikats für elektrische Eisenbahnen hat den Streikenden angekündigt, daß alle Streikenden, welche bis zum Freitag nicht die Arbeit aufgenommen haben, sofort entlassen werden.

Eine Abordnung der vier Verbände der Elektrizitätsarbeiter hatte eine Unterredung mit dem Chefingenieur der Untergrundbahnen, dem sie ihre Forderungen unterbreitete. Der Abordnung wurde mitgeteilt, daß ihre Forderungen in einer Konferenz aller Bahngesellschaften überprüft werden würden. Eine neue Streikregelung soll heute erfolgen. Man hofft, daß ein allgemeiner Streik der Elektrizitätsarbeiter vermieden werden kann.

Internationales Arbeitsrecht.

In der Sammlung 65 f. (Verlag Walter de Gruyter u. Co., Berlin S. 10) ist ein Bändchen „Internationales Arbeitsrecht“ unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Arbeitsorganisation“ von Dr. Helmuth Jäger erschienen. Der Verfasser gibt zunächst eine gedrängte Geschichte des internationalen Arbeitsrechtes bis zum Versailler Vertrag, setzt dann die Arbeit und die Praxis des I. A. B. III. des Vertrages von Versailes, ferner die Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation auf den verschiedenen sozialpolitischen Gebieten, die Internationalen Arbeitskonferenzen und deren Ergebnisse, den Stand der Ratifikationen und Maßnahmen in nationaler Hinsicht, und gibt schließlich der Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation einen Überblick und der über den deutschen Stand der Ratifikationen und der Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation. Eine reichhaltige Quellenangabe und das Verzeichnis der Konventionen erhöhen den praktischen Wert des Bändchens. Der Preis von 1,50 M. ermöglicht es jedem Gewerkschaftsmittglied, das sich für dieses Thema besonders interessiert, sich in den Besitz des Bändchens zu setzen.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Verlagsort: Arthur Scherz; Gemeindefortschritt: Freier, Katern: Freilicht: Dr. John Schiller, Volkes und Gedichtes: Art. Karstadt; Anzeigen: H. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin S. B. G., Lindenstraße 8.

Zigarren
Die Angebote beweisen
jetzigen Anzeigen der Zigarrenpreise.
Mein großer Lager gestattet es,
mit großen Händlerunterstützung
angelaufene Ware von 7 Pl. Kleinst-
verkauf an zu liefern.

Markenzigaretten
größte Auswahl in preiswert
Kau-, Rauch- u. Schnupftabake

Winkler,
Michaelkirchstraße 24
Nähe Jannowitzbrücke
— Moritzplatz 13 187 —

Krause-Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
1. u. 2. Stock

5000 Kappen
Kocher Str. 45
Nord 4091

Bettwäsche
Wäschestoffe
Leibwäsche
Tischwäsche
Frotteerwäsche

Deckbettbezüge
Kopfkissen
Bettlaken
Inlette

Handtücher
Hemdenstücke
Damaste

Dümit, Linons
Züchen, Nessel

Kaffeedecken
Kunstlederdecken
Tischtücher
Servietten

Wäscheabrik
S. Einhorn
Neukölln
Berlinerstraße 31
a. d. Hermannstr.

Potolowsky's
10 Ausnahmetage
von Donnerstag, den 12., bis Sonnabend, den 21. Juni
Während dieser Verkaufstage erhalten Sie bei
uns Qualitätsware zu staunend billigen Preisen

Einige Beispiele:

Damen-Schnür- u. Spangenschuhe moderne Formen	7.50 6.50	5.50
Damen-Halbschuhe braun, gute Qualitäten, spitze und breite Formen	10.50 9.50	8.50
Damen-Schnür- u. Spangenschuhe in weiß u. grau Leinen, nur beste Qualitäten	6.50 5.50	4.50
Herren-Stiefel gute Fabrikate, prima Rind- box	9.50 8.50	7.50
Herren-Stiefel moderne Formen und Rand- genäht	14.00 12.50	10.85
Herren-Halbschuhe spitze Formen und amerikanische Formen mit Riemen	11.50 11.00	9.85
Kinder-Schuhe in Leder, lila und rot Saffian Größe 27 bis 30	4.75	4.25
Kinder-Schnür- und Agraffen-Stiefel Größe 31 bis 35	6.75	6.75
Damen-Haus- und Spangenschuhe	4.50 4.25	3.25

**Strickjackets, Strandjacken,
Sportwesten, Sportjacken**
aus reiner Wolle in allen Farben, sowie
Blusen
kaufen Sie am besten und billigsten
direkt vom Fabrikanten
Wiederverkäufer u. Sportvereine erhalten
besondere Preise. / Kein Ladenverkauf

Grüssner & Co., Neuk., Sanderstr. 27

Fräulein Rommel
Fräulein Rommel, Fräulein Rommel 33
die billige, bequeme, praktische
Lack- u. Leder-
Wäschestoffe jeder Art
2. Geschäft: Anzengruber-Strasse 27

DER
NEUE FRAUENWELT-ROMAN
BEGINNT
VERSÄUMT IHN NICHT

Warti Andern Kreis
hält ab Heft 8 (7. Juni) alle Leserinnen
der

Frauenwelt
mit seinem „Lotterieschweden“
in Spannung

BESTELLSCHEN

An Ich bestelle die Frauenwelt

Name Straße

Dem Zeitungsboten mitzugeben

2 Mark
wöchentl. Teilzahlung
Eleg. Herren-Garderobe
fertig und nach Maß
Garantie für totallosen Sitz u. Verarbeitung

Maßschneiderei J. Kurzberg
Oranienstraße 160, I.

Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung
auf
reinstet b. st. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von
1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatz-
kronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v.
2 G.-M. an. Zahn mit Betäub. 1 G.-M., b. Bestellig
von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis
3 Jahre weitreichende Garantie. Ueber 20.000 Gebisse zur
vollsten Zufriedenheit geliefert.

Hatvani, Danziger Strasse 1, hauser Allee.
Vorzeiger 10% Rabatt.

Peuker's Spezial-Fußeinlagen
besitzt Fuß: Schmerzen, Platt-, Senk-, Knickfüße, Herzt. empf.



vor Gebrauch nach Gebrauch
Orthop. Spezialwerkstatt, Berlin W 85, Steglitzer Str. 30.

Größtes
Schuhwarenhaus des Ostens
Große Frankfurter Str. 141 (Ecke Fruchtstraße)
Fahrgehd wird vergütet